

Beitrag 1. September, Gotthard Krupp, Kontakt: GotthardKrupp@t-online.de

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

vielen Dank Jutta, vielen Dank an die Berliner Friko, dass Ihr diesen Friedensmarkt ermöglicht und mit viel Arbeit vorbereitet habt.

Heute am Antikriegstag der Gewerkschaften ist es notwendig klarzustellen, dass die Interessen der gesellschaftlichen Mehrheit, dass Sozialstaat und Demokratie, unvereinbar sind mit der Kriegspolitik der Regierung.

Das **donnernde Schweigen unserer Gewerkschaftsführung** zum Massaker der israelischen Regierung in Gaza, sowie auch die Unterwerfung unter das Diktat von Nato und EU: „die Ukraine muss siegen“, ist für mich als Gewerkschafter unerträglich.

Ich spreche heute für das Europäische Verbindungskomitee gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg.

Es ist hervorgegangen aus einer internationalen Video-Konferenz, zu der wir hier in Berlin im Juli letzten Jahre politische und gewerkschaftliche Kämpfer gegen den Krieg aus ganz Europa eingeladen hatten.

Wir haben die Demonstration am 25.11. im letzten Jahr mit Grußadressen aus 11 Ländern unterstützt, und einen Internationalen Aktionstag anlässlich des 2. Jahrestages des Kriegsbeginns in der Ukraine im Februar organisiert.

Unser Ziel ist es, **die Kämpfe gegen die Kriegspolitik in jede unserer Länder zu vereinen und zu stärken.**

Am 4. Mai dieses Jahres haben wir auf einem Treffen des Europäischen Verbindungskomitees in Paris mit Kolleg*innen aus 16 europäischen Ländern einen Aufruf verabschiedet, in dem es heißt: „Nicht **erst** wenn der Krieg 1.000 Soldaten pro Tag tötet, wenn die Freiheiten durch Zensur und Kriegsrecht unterdrückt werden, kann man den Krieg bekämpfen, sondern vorher, wenn man sich noch organisieren und demonstrieren kann. **DIESES MAL MÜSSEN SIE VORHER GESTOPPT WERDEN!**“

Wir sind überzeugt: Die Mobilisierung der Völker kann die mörderische Eskalation, die Vorbereitung eines Kriegs gegen Russland, blockieren und die Waffenlieferungen stoppen.

Unsere gemeinsamen Forderungen lauteten:

- Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen!
- Nein zu Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel!
- Nein zu den Sanktionen gegen Russland!
- Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten! Milliarden für Krankenhäuser, Schulen, Kommunen...!

Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen aus über 21 Länder, von Norwegen bis Zypern, von Portugal bis Polen und Ukraine, von Irland bis Rumänien haben den Aufruf unterzeichnet.

Als nächstes Ziel haben wir uns die Einladung zu einer Europäische Konferenz am 2. November in Berlin gesetzt.

Im Vorfeld haben wir in diesem Sommer eine Konferenz in **Oslo** für die skandinavischen Länder und in **Belgrad** eine **erste Balkan-Konferenz gegen den Krieg** organisiert, mit Teilnehmern - unter anderem aus Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Rumänien und Georgien.

Zu den Aktivitäten, mit denen das EVK solidarisch ist, gehören die Aktionen der Kollegen des Hafnarbeiterkollektivs von Genua, die seit 2019 mehrere Blockaden von Waffenlieferungen aus

italienischen Häfen für den Krieg in Jemen, Syrien, im Gazastreifen und in die Ukraine organisiert haben.

Sie wurden von der Regierung als „kriminelle Vereinigung“ verleumdet und die Polizei wurde gegen sie eingesetzt.

Ihr Sprecher, José Nivoi hat dagegen berichtet, dass sie es waren, die sich für die für die Einhaltung des italienischen Gesetzes eingesetzt haben, da per Gesetz (185/1990) Waffentransporte aus Italien in Länder, die an bewaffneten Konflikten beteiligt sind, verboten sind.

Und ihr Vorbild hat zu Blockaden von Waffenlieferungen durch die Hafentarbeiter und ihre Gewerkschaften in Piräus, Spanien und Belgien geführt.

Von der internationalen Solidarität mit dem palästinensischen Volk, der wir uns verpflichtet wissen, wird **Fanny Michaela Reisin** gleich berichten.

Auf der **OSLO-Konferenz** im Juni dieses Jahres berichteten die Kolleginnen, dass auch hier die Regierungen den Boden der Verfassungen und Gesetze ihrer Länder verlassen, indem sie die Stationierung von US-Truppen im Land erlauben, z.B. Militärstützpunkte in Schweden, die der Hoheit des schwedischen Staates entzogen sind.

In Schweden und Finnland, entstehen jetzt massenweise NATO- und US-Militärbasen, wie in ganz Skandinavien.

Auch **Norwegen** wird mit neuen NATO-Militärstützpunkten überzogen und das Land spielt eine starke Rolle bei den Waffenlieferungen in die Ukraine.

Ausnahmslos alle Parteien im norwegischen Parlament – gleich welcher Couleur, von rechts bis links – haben für die Kriegspolitik gestimmt.

Ausnahme ist die neue Partei von Marielle Leerand, die sich „Frieden und Gerechtigkeit“ nennt. Sie hat die Oslo-Konferenz organisiert. Beschlossen wurde die Demonstration am 3. Oktober in Berlin, sowie europäische Konferenz in Berlin zu unterstützen.

Auf der Konferenz in **Belgrad** berichteten Kolleg*innen, dass die serbische Regierung, obwohl sie als putinnah beschrieben wird, erlaubt, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine durch Serbien gehen – gegen den Willen der eigenen Bevölkerung.

In jedem Land auf dem Balkan, gibt es Vereinbarungen mit der NATO. In Rumänien wird zurzeit die größte NATO-Basis Europas aufgebaut, größer als das deutsche Ramstein. Die Belgrader Konferenz fasste ebenfalls einen Beschluss zur Unterstützung der Arbeit des EVK, der Demo am 3. Oktober und der Europäischen Konferenz

Kolleginnen und Kollegen.

Nein, es geht heute nicht einfach um Hochrüstung, wie in den 90er Jahren.

Heute bereiten alle Regierungen unter-Kommando des US-Imperialismus, der Nato, den großen Krieg vor.

- —Während die **zivile Produktion zurückgefahren** wird, wird die **Rüstungsindustrie**, auch mit Staatsbeteiligung, **hochgefahren**.
- Auf Kosten der **zivilen Gesundheitsversorgung** werden die noch nicht der Kaputtsparpolitik zum Opfer gefallenen Krankenhäuser **kriegstüchtig** gemacht.
- **Aus** den Schulen, Unis, minderjährigen Kindern wollen sie ihr **Kanonenfutter** rekrutieren, während sie das Bildungssystem in den Ruin treiben.
- Jeder, der zu diesem Kriegskurs der Regierung Nein sagt, wird als Putinist verunglimpft.

Zu einer solchen Politik können wir nur nein sagen!

Kolleginnen, Kollegen,

81 Jahre nach der größten Panzerschlacht des 2. Weltkrieges in Kursk besetzen deutsche Panzer von Rheinmetall, wenn auch unter ukrainischer Fahne, russisches Gebiet. Die Mehrheit des deutschen Volkes will keinen Kriegszug gegen Russland; Es ist entsetzt über die finanzielle und militärische Unterstützung des Massakers Netanjahus in Gaza durch die Regierung Scholz.

Weil wir zu dieser Politik Nein sagen, sind wir heute hier, mobilisieren wir für die Demonstration am 3. Oktober, rufen wir am 2. November zu der Europäischen Konferenz auf.

Wir begrüßen den internationalen jüdischen Appell, den auch Fanny-Michaela Reisin unterzeichnet hat, mit zahlreichen Wissenschaftlern, Gewerkschaftern, Kulturschaffenden u.a. aus Israel, Frankreich, USA, Kanada, Argentinien, Belgien, Niederlande Schweden, Spanien und Deutschland. Einen Aufruf, **von Juden und Jüdinnen**, die sich weigern, **Komplizen eines grauenhaften Verbrechens** zu sein. Mit ihnen fordern wir den Waffenstillstand und das Ende des Tötens in Gaza, und dass die Kriegsverbrecher und ihre Komplizen vor Gericht gestellt werden.

Wir begrüßen die 600.000 Ukrainer und die eine Million Russen, die ihre Heimat verlassen haben, weil sie den Krieg ablehnen. Sie haben Recht. Nieder mit dem Krieg!

Vereinen wir uns in ganz Europa zu einer starken politischen Kraft gegen die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik unserer Regierungen!